

LINKE Entwicklungsstrategien 2020+ Ein methodisch-programmatischer Ansatz als Rahmen zukunftsfähiger Demokratie

Motivation

Dass unser Ressourcenverbrauch und unsere Emissionen ein menschenwürdiges Leben schon jetzt gefährden, ist inzwischen kaum bestritten.

Die gegenwärtige Krise ist ein nachdrücklicher Hinweis darauf, dass die bisher noch leidlich funktionierenden Methoden der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung für die Zukunft wohl untauglich sind.

Überlagert wird dieser eng mit der Globalisierung verknüpfte Trend in Europa vom demografischen Wandel. Die bereits allein wegen des Ressourcenverbrauchs kritischen Entwicklungen treffen hierdurch auf zunehmende infrastrukturelle Defizite. Besonders hart trifft dies „ländliche Räume“, Mecklenburg-Vorpommern in vorderster Front.

Die politische Konzentration auf „wirtschaftliche Leuchttürme“/Ballungsräume verstärkt die Unterversorgung der bereits zurückgebliebenen Landstriche und der dort Lebenden.

Wegen der Verknüpfung beider Trends sind andere Lebensstile, andere Produktionsweisen und insbesondere andere Formen demokratischer Einflussnahme auf Politik schlichte Notwendigkeiten geworden.

„Wachstum“ und „Gewinn“ müssen im Verhältnis zu „Risiko“ neu gewichtet werden. Auch moderne Parteiprogrammatik muss sich diesem Nachdenken stellen.

Wenn Mecklenburg-Vorpommern besonders betroffen ist, muss sich gerade hier neues programmatisches Denken entwickeln. Wer sonst sollte es leisten.

Was ist wirklich neu in unserer Zeit?

Das Neue an der gegenwärtigen Krise ist, dass sie nicht mehr durch Erweiterung, also Zufuhr von „außen“, bewältigt werden kann. Es lassen sich keine zusätzlichen natürlichen Ressourcen mehr erschließen. Die Globalisierung hat das lange Zeit offene System in den letzten Jahren zu einem geschlossenen System gemacht. Nur noch Umverteilung und virtuelles Wachstum sind möglich.

Daran sind übrigens nicht „Finanzhaie“ schuld. Die allgegenwärtige Geißelung ihres Tuns lenkt ab!

Das politische System, d.h., die parlamentarische Demokratie (mit allen beteiligten Parteien), befördert die (krisenhaften) Pendelbewegungen der Wirtschaft, obwohl sie stets glaubt, den Krisen entgegenzuwirken.

Wodurch? Jede neue technologische Hoffnung, auf die die allgegenwärtige und von allen Parteien immer als notwendig erachtete Förderpolitik einmal setzt, verstärkt dieses Krisenpendel. Sie subventioniert aus Steuergeldern den Abbau wirtschaftlicher Hemmnisse mit der Begründung, dass die Kosten der Innovation marktfähig niedrig

werden müssen. Mit jedem dieser Schritte aber wird die Schleuse der Überproduktion und damit der Ressourcenübernutzung noch weiter geöffnet.

Dieses Pendel von Krise zu Krise kann nicht anhalten, da die (hierarchischen) Entscheidungen in der Wirtschaft immer schneller ablaufen werden, als die parlamentarisch-demokratischen in der Politik.

Es ist pervers: Je demokratischer das globalisierte politische System, desto größer der Vorsprung der globalisierten Wirtschaft! Dieser Vorsprung bewirkt letztlich gesetzlich unterstützte Maximierung privater Gewinne auf Basis der demokratisch legitimierten Ressourcenübernutzung.

Das kann keine linke Partei wollen, sie muss aus dieser Beteiligung inhaltlich ausscheren.

Abstrakte Schlussfolgerung

Wenn man dieser These folgt, ist es ein Fehler zu glauben, man könne moderne politische Programmatik durch Aussagen zu Sachthemen, also „Standpunkten“ zu technischen oder ethischen Fragen definieren. Hier irrt man immer, weil man sich in der Vielzahl der bereits existierenden Pendel nicht zurechtfinden kann und die ebenfalls pendelabhängigen Preisschwankungen die wirtschaftlichen Komponenten der erforderlichen Abwägung jäh schwanken lassen.

Die jeweilige, meist nur scheinbar wissenschaftlich begründete, „Wahrheit“ des geballten Wissens von Studien und Expertenwissen zu dieser oder jener „zukunftsweisenden Technologie“ kann daher nur eine sehr geringe Halbwertszeit haben. Letztlich führt die massenhafte Berücksichtigung der jeweiligen „Erkenntnisse“ direkt in die nächste Krise, und das auf Kosten von zusätzlich generiertem Ressourcenverbrauch.

Die grundsätzliche Abkehr von diesen Mechanismen ist dringend nötig, weil die unabdingbare Schonung gegenständlicher Ressourcen essentiell geworden ist. Ressourcenübernutzung ist im geschlossenen System tödlich.

Und zwar vor allem aus sozialen Gründen. Dies darf aber in keinem Fall gleichgesetzt werden mit finanziellen Ressourcen, was sehr oft unter dem Begriff „Nachhaltigkeit/Generationengerechtigkeit“ geschieht.

Finanzielle Ressourcen sind spätestens seit Einsetzen der Tertiarisierung der Wirtschaft zunehmend virtuell.

Daraus folgt, dass politisch alles ausgeschlossen werden muss, was Ressourcenübernutzung zwangsläufig generiert.

Hinter dieser primären Maxime stecken auch sozialer Ausgleich und damit Frieden, weil aus Ressourcengerechtigkeit Gleichberechtigung resultiert.

Leitlinien einer konkreten Umsetzung

Ist das erreichbar? Wenn ja, wie kann es geschehen?

Zuallererst wohl durch konsequente Regionalisierung. Regionales Wirtschaften nimmt der Globalisierung wichtige Themen. Außerdem verbessert es die Statistik der Irrtümer. Ein Ressourcen verschwendender Entwicklungsirrtum einer Region kann keinen globalen Kollaps bewirken, da er zuallererst von den regionalen Akteuren bemerkt werden wird, die schon aus Eigeninteresse

rechtzeitig gegensteuern werden.

Diese verbesserte Irrtumsstatistik setzt allerdings voraus, dass jede Region tatsächlich ihre eigenen Entscheidungen fällt. Kann sie das?

Ein Großteil der erforderlichen Arbeitsteilung kann regional bewerkstelligt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind weniger krisenanfällig. Weitreichende regionale Autarkie schließt dabei die Zufuhr hoch technisierter Produkte und Dienstleistungen nicht aus, sie schränkt sie aber auf das Notwendige ein, und das Ausmaß wird regional selbst bestimmt.

Genau dort liegt der besondere Charme, weil diese Form der Regionalisierung eine tief greifende Demokratisierung voraussetzt. Die zu treffenden Entscheidungen wirken so unmittelbar auf die Lebensqualität des Einzelnen, dass sich Beteiligungsinteresse neu entwickelt. Desinteresse und Demokratiemüdigkeit werden durch Wertschöpfung und Teilhabe in Aktivität umgewandelt.

Natürlich gibt es auch viele Aufgaben, die nicht regionalisiert werden sollten: Bildung zum Beispiel, oder Gesundheit. Die stehen aber ohnehin nicht im Verdacht, von der Globalisierung zu profitieren. Diese Themen bedürfen tatsächlich der staatlichen Verantwortung. Ihre Nicht-Regionalisierung widerspricht dem Konzept folglich nicht.

Schlussfolgerungen für eine programmatische Agenda

Es wäre folglich eine programmatische Aufgabe für eine moderne Partei, zu entwerfen, in welchen Bereichen das Selbstbestimmungsrecht der Regionen konsequent gestärkt und damit deren Krisenanfälligkeit und Ressourcenverschwendung gesenkt werden könnte. Und mit welchen demokratischen Mechanismen Regionen ihre Leitbilder entwickeln und umsetzen sollten.

Wichtig wären programmatische Vorschläge, welche Zuständigkeiten (z.B. im Rahmen von Verwaltungsstrukturreformen) auf die Regionen (Kreise ?) übertragen und durch echte Bürgerbeteiligung unterlegt werden sollen. Wichtig wären Maßstäbe, an denen die Akteure die Zweckmäßigkeit einer solchen Entscheidung messen können. Wichtig wären Erfahrungen, ob die damit verbundene Demokratisierung von den Akteuren tatsächlich angenommen wird.

Eine derartige Programmatik braucht neue Identifikationsbegriffe. Tradierte Bezüge wie BIP oder quantitatives Wachstum müssen ersetzt werden durch Kategorien, die die Vielfalt individueller Lebensmodelle viel besser widerspiegeln. Eine solche Kategorie ist z.B. Lebensqualität.

Methodische Programmatik -Mangel und Vorteil zugleich

Eine derartig strukturierte Programmatik beinhaltet eine grundsätzliche Abkehr von bisherigen Interaktionen. Es geht nicht mehr um Themen, zu denen alle Partei sympathisierenden Akteure eine möglichst ähnliche Meinung haben sollten. Deshalb kann auch keine Studie die „Richtigkeit“ oder „Fehlerhaftigkeit“ der jeweiligen thematischen Position abbilden.

Die demokratische Vielfalt drückt sich stattdessen in unterschiedlichen regionalen Mehrheitspositionen aus, die sich nicht am Parteibuch, sondern an den verfügbaren regionalen Ressourcen und den entsprechenden Nutzungsinteressen in der Region ausrichten. Oder will jemand bestreiten, dass der tourismusferne Raum zwischen Küste und Seenplatte andere Prioritäten setzen sollte, als z.B. die Kaiserbäder?

Programmatische Beliebigkeit? Mitnichten! Die Diskussion um Zukunftskonzepte wird wieder auf eine breitere Basis gestellt, breiter, als sie durch Parteien abgebildet werden kann.

Allerdings haben Parteien die Chance der Richtungsbestimmung, indem durch ihre Initiative die Kriterien in den Vordergrund gerückt werden, die die nachhaltige Entwicklung begünstigen.

Conclusio

Aus Sicht der Anforderungen nachhaltiger Entwicklung braucht moderne Programmatik einen methodischen Charakter, der die Akteure motiviert, Wertschöpfung und Teilhabe in das Zentrum des regionalen Entwicklungsprozesses zu stellen. Linke Politik sollte sich also darauf konzentrieren, den Übergang zu solcherart zukunftsfähigen Strukturen zu befördern, indem:

- besonders geeignete Themen der Regionalisierung herausgearbeitet werden,
- Kriterienkataloge erarbeitet werden, mit deren Hilfe regionale Akteure Leitbilder entwickeln können, die die Lebensqualität in der Region langfristig sichern,
- Themenbereiche herausgearbeitet werden, die der Regionalisierung entzogen werden sollten, um allgemeingültige Entwicklungsanforderungen erfüllen zu können.

Für alle drei Handlungsschwerpunkte sollten Diskussionsforen eingerichtet werden, die die Vielfalt der Meinungen aufnehmen können. Das ist erforderlich, weil diese neue Demokratisierung glaubhaft nur dann sein kann, wenn sie von Anfang an konsequent „bottom up“ und inhaltlich tolerant ins Leben gerufen wird.

Die Einigung über die Grundsätze ist Voraussetzung.

Anhang: Zahlen, Argumente, Zitate zu Teilfragen

Ist quantitatives Wachstum zukunftsfähig?

Der Verlauf auch der letzten 20 Jahre hat wieder gezeigt, dass mit Wachstum des BIP weder mehr Beschäftigung noch mehr Vermögen der breiten Masse geschaffen wird.

Die Erwerbsquote liegt auf dem Niveau von 1991.

Damals gab es 34,96 Mio. Erwerbstätige – heute sind es 35,06 Mio. und das, obwohl in den 10 Jahren von 1997 bis 2007 das BIP um 17,5% gestiegen ist.

Das Arbeitsvolumen von 56 Mrd. Stunden liegt auf dem Niveau von 1961 - nur heute bewerben sich statt 26,3 Mio. Menschen 44,4 Mio. darum.

Die Ursache dafür ist, dass die Produktivität schneller steigt als das Wachstum des BIP. Im gleichen Zeitraum von 1997 bis 2007 stieg die Produktivität um 44,4% - das BIP eben „nur“ um 17,5%.

Wenn also das Wachstum des BIP Motor für mehr Beschäftigung und Teilhabe am Arbeitsleben sein soll, dann müsste das BIP schneller steigen als die Produktivität oder aber die Produktivität müsste stagnieren.
Das ist für alle modernen Volkswirtschaften eine Illusion.

Und wie sieht dies bei den Einkommen aus?

Im Zeitraum von 2003 bis 2007 entwickelte sich die Produktivität um 22,2%.
Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Brutto) stiegen im gleichen Zeitraum um 37,9%, die Bruttolöhne der Arbeiter und Angestellten erhöhten sich um 5,4%.
Die Zahl der SV-Beschäftigten verringerte sich um 100.000 Personen und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 500.000 an.

Das Nettovermögen der deutschen Haushalte betrug 2007 6,6 Billionen Euro.
Die Hälfte der deutschen Haushalte hatte kein Vermögen.
Auf das obere Zehntel entfielen 61,1%.

Die Ergebnisse des Wachstums kommen also bei denen, die es schaffen nicht an.
Wenn also im Inland die mehr geschaffenen Produkte und Dienstleistungen nicht verbraucht werden können, weil die Masseneinkommen stagnieren oder nur geringfügig steigen, dann bleibt nur der Export.

Aber die anderen Industrienationen verfolgen die gleiche Strategie, die Schwellenländer treten zunehmend als Konkurrenten auf und die Länder der „Dritten Welt“ verfügen nicht über die Kaufkraft.

Im Interesse der nachfolgenden Generationen verbietet es sich, den Raubbau an der Natur fortzusetzen. Es geht um Nachhaltigkeit in allen Bereichen des Lebens. Wir dürfen der Natur nur soviel entnehmen, wie natürlich wieder nachwächst.

Wo sind dann aber die Quellen für Entwicklung und Wohlstand?

Auch wegen der zunehmend virtuellen Geldwirtschaft, die den Bezug zur Realwirtschaft scheinbar mehr und mehr verliert, wollen wir die Politik wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Autonomie, Partizipation, Kompetenz und Sinn gehört in den Mittelpunkt. Ziel der Politik, und insbesondere der Wirtschaftspolitik, muss somit die Verbesserung der Lebensqualität werden.

Im Laufe des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft standen die unternehmensnahen Dienstleistungen im Fokus. Es ist an der Zeit, dass die personenbezogenen Dienstleistungen diesen Platz einnehmen.
Diese richten sich an einzelne Personen, Personengruppen wie Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Erziehung, Haushalt, Umwelt, Wohnen, Kultur, Freizeit und Soziales.

Eine weitere Eigenschaft ist die Orientierung auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen. Sie dienen unmittelbar der Verbesserung der Lebensqualität.

Es sind also jenen Dienstleistungen, die geeignet sind, vorhandene gesellschaftliche, ökonomische, ökologische, gesundheitsbezogene oder soziale Probleme zu lösen und damit die Lebensqualität im Einklang mit den Zielen der Nachhaltigkeit zu verbessern.

Dies ist zugleich ein Weg, um auf die Anforderungen des demografischen Wandels angemessen reagieren zu können. In den Bereichen Tourismus, Gesundheit, Handel, Medien, Bildung und Wohnen bestehen große Potentiale für Dienstleistungsangebote insbesondere für die ältere Generation.

Es werden Produkte und Dienste gebraucht, die die psychischen, physischen und kognitiven Kompetenzen der älteren Menschen verbessern und so zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität beitragen.

Diese Sicht hat auch noch den Effekt, dass sie ein hohes Beschäftigungspotential besitzt und gleichzeitig einen geringen Verbrauch von materiellen Ressourcen gestattet.

Eine lebensqualitätsorientierte Politik fördert eine ganzheitliche Sicht verschiedener Politikbereiche, z.B. der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Was können Regionen/Kommunen besser als global Player? Warum?

Die Erfahrung von Autonomie, Teilhabe und Kompetenz sind wesentliche Faktoren, welche die Lebensqualität der Menschen bestimmen. Diese Erfahrungen lassen sich am besten in Kommunen und Regionen mit mehr direkter Demokratie erleben als in Systemen mit repräsentativer Demokratie.

Gleichzeitig orientieren sich die Maßnahmen der Politiker wegen der größeren Nähe, höherer Verantwortlichkeit und besserer Kontrolle stärker an den Bedürfnissen der Bürger. Und dies wirkt ebenfalls lebensqualitätserhöhend.

Deshalb ist es unumgänglich die Regionen und Kommunen nach dem Subsidiaritätsprinzip alle Entscheidungen treffen zu lassen, die sie wegen ihrer Nähe zu den Prozessen besser treffen können.

Die Aufgabe von Landespolitik sollte daher in erster Linie in der Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Kommunen und Regionen, in der Evaluierung von Entscheidungsprozessen und in der Bereitstellung von Best-Practice-Erfahrungen sein.

Wer denkt eigentlich so?

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.“ (Brundtland-Kommission 1987)

„Nachhaltige Entwicklung ist heute der allgemein anerkannte Weg zur Verbesserung der individuellen Zukunftschancen, zu gesellschaftlicher Prosperität, wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Verträglichkeit. Nachhaltige Entwicklung ist ein umfassendes Modernisierungskonzept für das Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert.“ (UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 – 2014, Nationaler Aktionsplan 2005)

„Ökologischer Wohlstand wird auf eine neue Balance zwischen Ferne und Nähe angewiesen sein. Und das aus zwei Gründen: Einerseits bedeutet Fernverflechtung im Übermaß nichts anderes als Ressourcenverschwendung, andererseits ist mehr Nahverflechtung die Voraussetzung für eine naturverträgliche Wirtschaft. [...] Nahverflechtung, so stellt sich heraus bietet zahlreiche Qualitäten für den Alltag, regionale Räume werden wieder geschätzt als Gewächshäuser für soziale und kulturelle Vielfalt, und ein Schuss Heimatbewusstsein bewährt sich als Gegenmittel gegen die Ortlosigkeit weltweiter Märkte. Es ist nach dem Triumph der Globalisierung mit einer Renaissance der Regionen zu rechnen.“ (Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, 2008)

„Die Unterscheidung zwischen zentrennahen und peripheren Räumen gilt kaum mehr. Stadtnähe heißt nicht Wachstum, Stadtferne nicht Stagnation. Hier entwickelt ein Dorf innere Kräfte und originelle Konzepte, dort herrscht Lethargie. Seit langem wird das Regional- und Lokalbewusstsein als Ausgleichsbewegung zur Globalisierung konstatiert („Glokalisierung“). Zugleich erweitert die „Entstaatlichung“ vieler öffentlicher Bereiche den Handlungsspielraum für ein neues bürgerschaftliches Engagement. Dieses Nebeneinander erzeugt Chancen und Risiken: mehr denn je scheint die Weiterentwicklung ländlicher Räume von den lokalen Akteuren abhängig zu sein.“ (Was Dörfer stark und lebendig macht. Resolution von Bleiwäsche 2008)

„Es ist eminent wichtig, auch regionale Strategien gegen den Klimawandel zu entwickeln. [...] Wir müssen also das Thema Klimawandel herunter brechen auf die verschiedenen Regionen, [...] gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Und zwar bereits beim Projektdesign.“ (Prof. Dr. Hubert Wiggering, ZALF, Potsdamer Klimakonferenz 2008)

(zitiert nach Henrik Manthey: „Garten der Metropolen“ (www.nachhaltigkeitsforum.de))